



Foto: PAT. BUCHHEIM

beitszeit müs-
auf 35
werden. Auch
umschwen-
der Vermö-
einer sub-
schaftsteuer
gend erfor-
r. Für mehr
Abgeord-
r, der bei
istungen
en wollen
gramm-
hier enthält
Kernberei-
uorientie-
hatte kürz-
hemmen
abe und

»zyni-
ke Jan
nen«
n. Vor
er
minister,
im
ekte
llt das
tliche
der
s
s
ren-
Präze-
for-
nd
t von
Vor-
NO

Hinterbliebene »Schwer zu vermitteln«

Edgar Franke (SPD), 58, Beauftragter der Bundesregierung für Terroropfer, fordert höhere Zahlungen an Hinterbliebene – und zwar bei allen Gewalttaten.

SPIEGEL: Hinterbliebene der Opfer des Breitscheidplatz-Anschlags haben dem Staat vorgeworfen, sie im Stich zu lassen. Was unternehmen Sie dagegen?

Franke: Nach dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist sicher vieles schiefgelaufen im Umgang mit den Angehörigen, vor allem in den ersten Tagen. Aber inzwischen hat die Politik einiges unternommen, um das Leid der Opfer und Hinterbliebenen zumindest zu lindern.

SPIEGEL: Was hat sich verbessert?

Franke: Der Bundestag hat gerade das Hinterbliebenengeld verdreifacht. Statt wie bisher 10 000 Euro erhalten hinterbliebene Partner, Kinder und Eltern von Anschlagsoffern nun 30 000 Euro. Das Geld wird rückwirkend bis ins Jahr 2001 ausgeschüttet.

Dadurch haben nicht nur die Breitscheidplatz-Angehörigen, sondern etwa auch die Hinterbliebenen der Todesopfer des NSU einen Anspruch auf diese erhöhten Härteleistungen. In Zukunft



erhalten zudem Kinder, die durch Terror ihren Vater oder ihre Mutter verlieren, über diese 30 000 Euro hinaus bis zu 45 000 Euro Unterhalt.

SPIEGEL: Geld heilt keine Wunden ...

Franke: ... natürlich nicht. Aber damit erkennt der Staat an, dass er für Terroropfer eine besondere Verantwortung trägt. Sie sind immer auch stellvertretend für den Staat angegriffen worden.

SPIEGEL: Betroffenenanwälte monieren, man dürfe auch die Opfer anderer Gewalttaten nicht vernachlässigen.

Franke: Der Staat lässt Betroffene von Gewalttaten nicht im Stich, für sie gibt es das Opferentschädigungsgesetz.

Trotzdem kann ich den Einwand ein Stück weit nachvollziehen. Bei Tötungsdelikten ohne terroristischen Hintergrund erhalten die Hinterbliebenen deutlich geringere finanzielle Leistungen.

Nach einem Amoklauf ist das den Angehörigen schwer zu vermitteln.

Auch bei mutmaßlichen Sexualmorden wie zuletzt in Wiesbaden trägt der Staat eine Verantwortung, weil es ihm nicht gelungen ist, seine Bürger beziehungsweise Bürgerinnen zu schützen.

Man sollte darüber nachdenken, auch in all diesen Fällen ein Hinterbliebenengeld einzuführen. wow